

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 18

Ersteinst. Sonntags
Zeitschrift vierwöchentlich 1,50 Mt. Nur Postbest.
Bestellung bei allen Postanstalten

Berlin, den 24. April 1932

Verlagsstelle: Berlin E 2, Neuer Markt 6-12 IV
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129
Anzeigen werden nicht aufgenommen

48. Jahrgang

Millionen fordern Arbeit und Brot!

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress fand nunmehr nach seiner Vertagung infolge des „Osterfriedens“ am 13. April statt. Er faßte in eindringlichster Form noch einmal — gleichsam in letzter Stunde — alle die Forderungen zusammen, die unsere freien Gewerkschaften zur Behebung der größten Notstände der Jetztzeit durch Arbeitsbeschaffung für die erste Aufgabe von Staat und Wirtschaft halten. Reichs- und Preußenregierung waren durch starke Abordnungen vertreten, der Reichszentralrat selbst jedoch, dessen Anwesenheit als sicher galt, war in letzter Stunde verhindert. An seiner Stelle sprach Reichsarbeitsminister Stegerwald zum Kongress; er mußte durch diese Stellvertretung manches Wort der Kritik einstecken, das ursprünglich an die Adresse des Reichszentralrats gerichtet war.

Die Einleitungsrede des Bundesvorsitzenden Leipart gestaltete sich zu einer scharfen Anklage gegen Unternehmertum und Regierung. Beide Stellen verhalten sich zur Not unserer Zeit nahezu völlig passiv. Obwohl beide zur Vergrößerung des unter der deutschen Arbeiterschaft herrschenden Elends ihr gerüttelt Maß beigetragen haben — die Regierung durch ihre Notverordnungen und den Abbau der Leistungen in der Sozialversicherung, das Unternehmertum durch den mit aller Schärfe durchgeführten Druck auf den Lohn, beide zusammen damit durch die alle Hoffnungen auf Wirtschaftsbelebung tödende Droffelung der Kaufkraft —, treffen sie keine Anstalten, dem Millionenheer der Arbeitslosen irgendwelche Erleichterungen zu schaffen. Nur die Gewerkschaften haben in rechtzeitiger Erkenntnis der Notlage schon seit mehr als zwei Jahren die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund gestellt und in dieser Zeit immer und immer wieder das öffentliche Gewissen zu schärfen versucht. Not und Unglück müssen steigen, je mehr die Deffentlichkeit abtumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß sechs Millionen arbeitsfreudiger und arbeitsbereiter Menschen ausichtslos auf Beschäftigung warten. Die — gar nicht ernsthaft geführten — Versuche der Reichsregierung zur Durchführung der Vierzigstundenwoche, die schon einige Erleichterungen hätten bringen können, sind längst aufgegeben worden. Leipart konnte unter lebhafter Zustimmung des gesamten Kongresses feststellen, daß „es ein Skandal sei, daß noch immer in einer Reihe von Betrieben regulär länger als 48 Stunden gearbeitet und daß noch immer vielfach Überstundenarbeit gebudet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, den Arbeitslosen die Arbeitsplätze wegnehmen und daß auch noch kein ernsthafter Versuch unternommen

worden ist, die Frage des Doppelverdieneriums zu lösen“. Nach der scharf betonten Erklärung Leiparts würden viele Zehntausende Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, und weitere Zehntausende könnten wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden, wenn die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt werden würde. Auch das Vorschützen außerpolitischer Interessen und Rücksichten für die passive Haltung der Regierung wurde von Leipart zurückgewiesen. Ueber den weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüchen steht die Pflicht, alle vorhandenen Mittel für die Beschaffung von Arbeit zu verwenden mit dem Ziel, dem Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus entgegenzuwirken. Darum ist Arbeitsbeschaffung, unter innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten gesehen, die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Das Hauptreferat des Kongresses hielt der stellvertretende Bundesvorsitzende Eggert. Er hob zunächst die weltwirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsbeschaffung hervor. Das völkische Verlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zwingt zur Forderung an die öffentliche Hand, die Pflicht der Arbeitsbeschaffung auf sich zu nehmen. Die gegenseitige handelspolitische Abschneidung der einzelnen Länder unter sich und vor allen Dingen von Deutschland vermehren das Unglück. Die Warenausfuhr wird gewaltsam abgestoppt und die für den Auslandshandel tätige Arbeiterschaft verfällt dadurch immer mehr der modernsten aller Volksgeiseln. Die Erkenntnis jedes wirtschaftlichen Ab-Schüßens, daß nur durch eine Steigerung der Massenkaufkraft der Warenbedarf erhöht und damit die Arbeitsgelegenheit gehoben werden kann, findet in der Anschauung des Unternehmertums keinen Raum. Dessen Einstellung zu der brennendsten Frage der Zeit ist kaum faßbar oberflächlich. Alle Verantwortung für ihr eigenes Verlagen suchen sie von sich abzuwälzen mit dem billigen Bestreben, die Schuld an den traurigen Zuständen der Jetztzeit der deutschen Lohn- und Sozialpolitik aufzubürden. Das Unternehmertum fordert vom Staat eine Freiheit der Wirtschaft, die es ihm gestattet, sich freizumachen von den angeblichen „Fesseln der Tarifverträge“ und von dem „Druck der sozialen Belastungen“. Dieselben Unternehmer jedoch denken an diese „Freiheit“ nicht, wenn sie vom gleichen Staat, der sich nach ihrer Auffassung in die Wirtschaft nicht einmischen darf, Subventionen, Unterstützungen und sonstige Hilfe in gewaltigem Ausmaß in Anspruch nehmen.

Als für eine zentrale Arbeitsbeschaffung besonders geeignete Arbeiten wurden von Eggert bezeichnet: die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes; Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren; der Kleinwohnungsbau; Hausreparaturen; Aufträge von Reichspost und Reichsbahn; zweckmäßige Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Arbeiten durch Entwässerung und Fruchtbarmachung von Dedländereien. Mit diesen Arbeiten können eine Million Arbeitskräfte während eines ganzen Jahres beschäftigt werden, wofür ein Kostenaufwand von zwei Milliarden Mark notwendig ist. Diese zusätzliche Beschäftigung von einer Million Arbeitsloser müßte durch die mit ihr verbundene Steigerung des Verbrauchs zu einer ansehnlichen Belebung der Wirtschaft führen und so weitere neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Das Absacken der Wirtschaft würde aufgehalten, ein neuer Antrieb gegeben sein und damit die Aussicht auf eine Aenderung der trostlosen Lage endlich winken. Und neben dem Herausreißen vieler Menschen aus dem Elend wird sich das Vertrauen des Volkes zu sich selbst, auf seine eigene Kraft und in seine Zukunft wiederfinden. Daß daneben auch die Dauer der Arbeitszeit eine gesetzliche Regelung finden muß, ist selbstverständlich. Trotdem diese Forderung auch in Unternehmerkreisen immer mehr als durchaus berechtigt anerkannt wird, findet sich doch keine Gruppe, die sie in die Tat umsetzt. Es würde eine volkswirtschaftliche Sinnlosigkeit sein, wollte man bei gesteigertem Bedarf die Arbeitszeit bis zur zulässigen Höchstgrenze ausdehnen. Hier sind gesetzliche Maßnahmen notwendig, da bei der jetzigen Wirtschaftslage für eine Beschränkung der Arbeitszeit auf dem Wege des Kampfes um sie die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung ist natürlich eine Finanzfrage mit. Die regierungsseitigen Maßnahmen für eine Arbeitsbeschaffung in größerem Umfange werden sich nach den aufbringbaren Mitteln richten müssen. Darum erfordert die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch den Staat das Aufgebot aller Kräfte. Eggert verwies darauf, daß aus der Hauszins- und aus der Reichsfluchtsteuer Mittel für diese dringlichste aller Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, daß Ersparnisse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die diese durch Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen hat, verwandt werden können, daß die Einreihung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß das Steueraufkommen des Reiches steigert und so auch hierbei Mittel frei werden, die gleichfalls der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen dienen können. Darüber hinaus kann durch eine Arbeitsbeschaffungsanleihe, die die aus Angst vor Inflation und Verlusten versteckten Gelder aus ihren derzeitigen Schlupfwinkeln wieder heraus-

holt, weiteres geschehen. Auch für die Zwischenfinanzierung, d. h. der Beschaffung von Mitteln für die Zeit bis zum praktischen Wirken seiner Vorschläge, zeigte Eggert absolut brauchbare Wege auf. Für diesen Zweck sollen Kreditnennergesellschaften gebildet werden, deren Wechsel von dem mit der Ausgabe der Arbeitsbeschaffungsanleihe betrauten Bankensortiment und von der Reichsbank beliehen werden sollen. Diese Wechsel würden für die Banken eine weit größere Sicherheit bieten als so viele andere, die heute bei ihnen liegen.

Nach den Vorschlägen Eggerts sollen die Träger der Arbeitsbeschaffung zu einer Zentralstelle zusammengefaßt werden, in der die Gewerkschaften als die Hüter der Interessen der Beschäftigten stark vertreten sein müssen. Das ist besonders notwendig zur Kontrolle über die Entlohnung der Wiederbeschäftigten. Dem Sinn der Sache könnte es nicht entsprechen, wenn die Arbeitsbeschaffung vom Standpunkt der niedrigsten Entlohnung aus in Angriff genommen werden würde. Der Lohnanteil muß im Gegenteil zum Zwecke der Kaufkraftsteigerung so hoch wie möglich sein. Die Vorschläge Eggerts lassen erkennen, daß sie von dieser Erkenntnis sehr stark beeinflusst sind. Die Entlohnung hat daher entsprechend den Bestimmungen der in Frage kommenden Tarifverträge zu erfolgen. Eggert schloß seine Rede mit der Anforderung an die Reichsregierung, nuncmehr unter Mitwirkung der zuständigen Ministerien, der Vertreter der bei der Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsplans in Frage kommenden Körperschaften und der Gewerkschaften ernstlich daran zu gehen, praktische Arbeit zu leisten und die Durchführung und Finanzierung im einzelnen zu regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, durch Zusammenarbeit aller Kräfte, die dazu guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Reichsarbeitsminister Stegerwald verteidigte in einer längeren Rede seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, daß er sich völlig dem Druck der Unternehmer gefügt habe. Auch die Sanierung von Banken und Teilen der Privatwirtschaft sei nicht aus besonderer Zuneigung zu den Aktionären und Unternehmern geschehen, sondern im Interesse der Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen, deren Arbeitsplätze durch den Zusammenbruch stark gefährdet waren: Die von Eggert aufgeführten Wege zur Arbeitsbeschaffung erkannte er als geeignete Mittel an. Zwar könne man bei den zu schaffenden Arbeitsgelegenheiten den freiwilligen Arbeitsdienst nicht außer Ansatz lassen, doch dürfen die bestehenden Tarifverträge dadurch nicht gefährdet werden. Eine weitere allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April sei nicht zu erwarten, da für die Mehrheit der Arbeiterschaft der Löhnen zur Zeit denkbar niedrigsten Stand erreicht habe. Doch seien noch Angleichungen notwendig, die jedoch nicht das Signal sein dürfen zu einem weiteren allgemeinen Lohnabbau. Zur Regelung der Arbeitszeit stellte er eine Novellierung in Aussicht, die erlassen werden würde, wenn die erneut in Vorbereitung befindlichen Besprechungen mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zu einem Ergebnis wieder nicht führen würden. Stegerwald, der während seiner Rede oftmals starken Widerspruch fand, schloß mit der Versicherung, daß die Regierung alles tun werde, um den Arbeitslosen zu helfen.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun griff in wirkungsvoller Weise mit in die Debatte ein. Er bekannte sich offen zu der

Anschauung der Gewerkschaften, daß der Inlandsmarkt in erster Linie wieder belebt werden müsse. Die Größe der Not verlange dabei die Einsetzung öffentlicher Mittel. Allerdings könne ein gesunder Staat mehr leisten als ein kranker. Vor allem müssen die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Jugend behoben werden. Das Problem der Arbeitsbeschaffung verlange jetzt eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Unter stärkstem Beifall erklärte er, daß eine Verkürzung auf nur vierzig Stunden für diesen Zweck nicht ausreiche. Arbeit möglichst für alle sei das einzige Mittel, dem Menschen die Lust zum Leben wiederzugeben. Scharfe Worte fand Otto Braun gegen die Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiterschaft und die damit verbundene Vernichtung wertvollster Volkskraft, die das geschwundene Vertrauen des Auslandes zu Deutschland nicht wiederbringen könne.

Die weiteren Debatteredner gingen zum größten Teil auf die Verhältnisse ihrer speziellen Berufe und einzelner Landesteile ein. Die Schlussworte des Referenten Eggert und des

Kongreßvorsitzenden Schumann gestalteten sich nochmals zu einer wichtigen Anklage gegen Unternehmertum und Regiererg. „Das Maß ist voll!“ rief Eggert der Regierung zu. „Im Angesicht der nicht mehr zu überbietenden Not großer Volksmassen muß nunmehr endlich das große Werk der Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen werden.“

Die deutschen freien Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß der Not nochmals eindringlich den maßgebenden Stellen im Reiche das Elend der Arbeitslosen aufgezeigt. Sie haben sich nicht nur auf eine Kritik der unterlassenen Maßnahmen beschränkt, sondern auch Wege gewiesen, die aus dem trostlosen Tiefstand herausführen. Sie haben zugleich auch die Mittel bezeichnet, die eine Arbeitsbeschaffung größeren Umfanges möglich machen. Damit haben sich unsere Gewerkschaften einmal mehr als die einzigen Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung erwiesen. Maßgebende Regierungsvertreter haben diese Mittel und Wege als gangbar anerkannt. An der Regierung liegt es nun, dafür zu sorgen, daß den guten Worten auch die Taten folgen. Das Maß ist voll!

Die Forderung des Gewerkschaftskongresses:

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungszustand der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privatunternehmungen zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch austretbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterhaltungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenarbeitskraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für die Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Bordingenheit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volksschichten verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

INTERNATIONALES

Das Lehrlingsproblem in Dänemark.

Die Verhandlungen, die im vorigen Monat mit der Vereinigung der Buchbindermeister in der Provinz geführt worden sind, um eine vertragliche Festsetzung der Lehrlingshaltung zu erzielen, haben zu einem Erfolg nicht geführt. Die Kleinmeister in der Provinz wollen sich das Recht nicht nehmen lassen, so viele Lehrlinge wie möglich auszubilden. Die übermäßige Lehrlingsausbildung besteht bereits in der zweiten Generation. In den früheren Jahren entlassenen Lehrlinge konnten keine Stellungen finden, sie machten sich vielfach „selbständig“ und dadurch ist nun der Beruf wiederum so übersetzt, daß sich eine Art von „Meisterproletariat“ herausgebildet hat. Dieses sucht wiederum seine Existenz dadurch zu fristen, daß es mit billiger oder möglichst unbezahlter Lehrlingsarbeit die Preise für die Arbeit so weit herunterdrückt, daß für die soliden Betriebe keine Konkurrenzmöglichkeit besteht.

Der Gautag im Gau Hessen-Pfalz

fand am 9. und 10. April in Frankfurt statt. Anwesend waren aus 15 Zahlstellen 27 Delegierte. Die Einzelmittglieder waren durch vier, der Gauvorstand durch seine drei Mitglieder vertreten. Gauleiter Kollege Meß eröffnete den Gautag, der nach vierjähriger Pause zusammentrat und wies auf die ungeheure Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in unserm Gewerbe während dieser Zeit hin. Zur Leitung des Gautages wurde als erster Vorsitzender Kollege Kaulich-Frankfurt, als zweiter Vorsitzender Kollege Stöckel-Mannheim und als Schriftführer Kollege Münch-Neustadt gewählt.

Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Meß. Einleitend wies er darauf hin, daß die vier Jahre seit dem letzten Gautag in zwei Teile zerfallen, von 1928 bis gegen Ende 1929 mit einem guten Geschäftsgang und von da an mit einer nie gekannten Arbeitsbewegung. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der Mitgliederzahl. Diese sank von 2937 im Jahre 1928 auf 2189 Ende 1931. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der Berufsangehörigen um mindestens 1500 zurückgegangen ist. Von dieser Krise sind am härtesten die Zahlstellen Frankfurt, Offenbach und Hanau in Mitleidenschaft gezogen. Im Jahre 1928 hatte unser Verband 6,7 Proz. Arbeitslose und etwa die gleiche Zahl Kurzarbeiter. Im Jahre 1931 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 36,5 Proz. und die der Kurzarbeiter auf 32 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg im gleichen Zeitraum von 1 1/2 auf über 6 Millionen.

An dieser Arbeitslosigkeit in Deutschland sind angeblich Marxismus und Gewerkschaften schuld. Dabei ist in Italien, Amerika und in anderen Ländern, in denen es einen Marxismus nicht gibt, die Arbeitslosigkeit nicht geringer als in Deutschland. Da wir erheblich auf den Export angewiesen sind, müssen wir natürlich um so mehr leiden, je größer die Arbeitslosigkeit in unseren früheren Abgabebieten wie England, Amerika usw. ist. Die Ursachen dieser Not sind der Krieg und seine Folgen und die zum wirtschaftlichen Wahnsinn entwickelte Technik. Der Krieg kostete den Völkern rund 900 Milliarden Mark. Das bedeutet eine entsprechende Verarmung der Völker. Dazu kommen für alle Beteiligten die ungeheuren Kosten der Kriegsfolgen (Kriegshinterbliebenen, Kriegsschädigte usw.).

Die Verarmung der Völker vermag die produzierten Warenmengen nicht aufzunehmen. Und unsere deutschen Unternehmer glauben die Massenkaukraft am besten fördern zu können, wenn sie Hungerlöhne zahlen. Unsere Wirtschaftsführer haben in den letzten fünf Jahren eine kostliche Unfähigkeit bewiesen. Das zeigt die Fälle Jacono, Nordwolle, Schürtheiß, Danaonit und andere. Daß nach diesen Vorgängen und nach den Nachrichten im September 1930 das Ausland jedes Vertrauen verloren hat, ist nicht zu verwundern. So sehen wir denn im Juni vorigen Jahres eine Situation vor uns; die uns zu ernstlichen drohte. Wie schon so oft, so wurden auch damals der großen Masse der unteren Schichten die härtesten Opfer auferlegt. Dazu kommt eine uneinige Arbeiterschaft, da sich unsere „Freunde“ von links immer als die besten Helfer der Scharfmacher erweisen. Ihre

Jugend in Not!

Kein anderes Land der Welt hat eine so hoch qualifizierte Arbeiterschaft wie Deutschland. Dessen Stellung in der Weltwirtschaft gründet sich vor allem auf Dualitätswaren, für deren Erzeugung eine gut geschulte Facharbeiterschaft notwendig ist.

Diese Vormachtstellung gegenüber dem Ausland droht verloren zu gehen. Hunderttausende von tüchtigen Facharbeitern werden durch jahrelange Arbeitslosigkeit ihrem Beruf entfremdet. Ganz besonders trifft dies auf die Jugend zu, der Berufskennntnisse und Fertigkeiten noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind wie den erfahrenen Fachkräften. Dabei wäre ihre berufliche Ertüchtigung um so notwendiger, als die Berufsausbildung der Nachkriegsgeneration infolge Spezialisierung und fortschreitender Arbeitsteilung an sich schon einseitiger wurde. Die Vielseitigkeit des Facharbeiters von früher war gerade dem Umstande zu verdanken, daß die Möglichkeit bestand, die Arbeitsstätte öfters zu wechseln, um Neues hinzuzulernen. Durch das Verlangen der Wirtschaft nach eingearbeiteten Spezialkräften ist diese Möglichkeit eingeschränkt. Die anhaltende Arbeitslosigkeit trägt dazu bei, daß viele gelernte Kräfte in berufsferne Arbeit übertreten. Wenn sie erst einmal längere Zeit darin tätig sind, verlieren sie den Anschluß an den früheren Beruf. Sie sinken dann z. T. in das Heer der Ungelernten hinab und die Opfer für eine mehrjährige Berufsausbildung waren umsonst gebracht.

Eine Berufsnot besteht jedoch nicht nur für die Ausgelernten, sondern infolge der Verschlechterung des Arbeitsmarktes auch für die noch in der Berufsausbildung Stehenden. Der Frankfurter Berufsberater Burkhart stellt in der Zeitschrift „Das Berufsamt“ fest, daß die Zahl derjenigen, die durch Betriebsstilllegungen oder Verlegungen ihre Lehrstelle verlieren, immer größer wird. Es befinden sich Lehrlinge dabei, die schon zweimal aus diesem Grunde entlassen wurden. Eine Aussicht, anderweit ihre Lehre zu beenden, besteht bei der augenblicklichen Lage des Arbeitsmarktes kaum. Verzweifelte Eltern sehen, wie alle Zukunftshoffnungen ihrer Kinder, noch ehe sie ausgelernt haben, zusehendem werden.

Die große Gefahr einer ungenügenden Berufsausbildung besteht auch für die Lehrlinge,

die sich noch in der Lehre befinden. Auftragsmangel behindert die Aneignung von beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten in genügendem Umfange; vielfach werden die Lehrlinge nur mit untergeordneten Arbeiten beschäftigt.

Auch die Sparmaßnahmen in den Berufsschulen, wie Verkürzung der Schulstunden und Einschränkung von praktischer Unterweisung, verstärken die Gefahr einer ungenügenden Berufsausbildung des Nachwuchses. Die theoretische und praktische Ausbildung in den Berufsschulen ist bei der heutigen Spezialisierung des Berufslebens zu einem wichtigen Bestandteil der Berufsausbildung überhaupt geworden. Für viele Lehrlinge gilt der Berufsschulunterricht als Ersatz für eine schlechte Lehre. Statt Einschränkung wäre gerade der Aufbau des Fachschulwesens dringend notwendig. Ganz besonders müßten für diejenigen Lehrlinge, die gezwungen sind, verkürzt zu arbeiten, auszuweichen oder die gar ihre Lehrstelle verloren haben, die Berufsschulstunden entsprechend verlängert werden. Besonders bedenklich ist die Aufhebung des erweiterten Berufsschulunterrichts an Berufsschulpflichtige ohne Lehrstellen, durch den diese auf ihren späteren Beruf vorbereitet wurden. Die davon betroffenen Jugendlichen werden nun hemmungslos den Gefahren der Strafe ausgesetzt. Die hier vorhandene Gefahr ist um so größer, als mit einem weiteren erheblichen Rückgang von offenen Lehrstellen zu rechnen ist.

Die Aufgabe von Staat und Wirtschaft, die heranwachsende Jugend in das Wirtschaftsleben einzugliedern, ist volkswirtschaftlich von so großer Bedeutung, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, die berufliche Ausbildung sicherzustellen. Hier harren große Aufgaben den Berufsverbänden, die da eintreten müssen, wo der einzelne infolge der wirtschaftlichen Not versagt.

Solange die Arbeitslosigkeit in dem jetzigen Umfang anhält und bei den zusammenge schrumpften Beschäftigungsmöglichkeiten eine gründliche Ausbildung nicht gewährleistet ist, darf es eine Herabschraubung der schulmäßigen Ausbildungsmöglichkeiten nicht geben. Sonst besteht die Gefahr, daß Deutschland seine Stellung als Produktionsland der Qualitätsarbeiten verliert und damit nicht nur gegenwärtig Schäden erleidet, sondern auch die Voraussetzungen für einen Wiederaufstieg für alle Zukunft verlorengelien.

Parole „Einheitsfront“ ist nichts als Heuchelei. Wir müssen damit rechnen, daß von dieser Seite auch in Zukunft ganz grundsätzlich das Gegenteil von dem propagiert wird, was die Gewerkschaften wollen. Darum ist allerorts für weitestgehende Aufklärung zu sorgen, damit es den Unternehmern in dieser allgemeinen Krise nicht gelingt, die Arbeiterschaft noch weiter zu drücken.

Die Kartonnagenindustrie liegt vollständig daneben. In Frankfurt z. B. ging die Zahl der Beschäftigten innerhalb der letzten zehn Jahre von 600 bis 700 auf circa 70 Personen zurück. In Offenbach und Darmstadt ist es ähnlich. Von einer auch nur annähernd regelmäßigen Beschäftigung kann überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Die technische Entwicklung hat in dieser Industrie geradezu verheerend gewirkt. Für die Zigarettenindustrie kommen fast nur noch Faltschächeln und für bessere Sorten die Cellophanpackung in Frage. Von dieser Entwicklung sowie von dem Erliegen der Porzellanindustrie ist Offenbach besonders hart betroffen.

Die Tüllindustrie hat zwar ebenfalls einen Rückgang zu verzeichnen, doch war sie von allen

Branchen des Verbandes noch immer am besten beschäftigt. Auch hier schreitet die technische Entwicklung unaufhaltsam vorwärts. Die Handtellerberei kommt fast ganz zum Stillstand. Hier wie auch in der Kartonnagenindustrie versuchen die Unternehmer ständig, den Tarif zu umgehen. Damit sie ja nicht zu spät kommen, haben sie den Mantelvertrag schon Ende Dezember 1931 zum 30. September 1932 gekündigt, obwohl nur ein Wertesjahr Kündigung besteht. Diese Kündigung ist ein Beweis dafür, daß die Unternehmer nichts Gutes im Schilde führen; sie muß den beteiligten Kollegen und Kolleginnen Veranlassung sein, auch dem letzten aus ihrem engeren Kollegenkreis für den Verband zu gewinnen.

In der Textilindustrie Hanau war die Beschäftigung bis Ende 1930 gut. Von da an ist die Entwicklung geradezu trostlos geworden. In dieser Industrie haben wir die schlechtesten Löhne überhaupt. Die Hanauer Unternehmer verweisen ständig auf die scharfe Konkurrenz und schlechten Löhne in Pforzheim und Eichenberg und die Unternehmer dieser Orte wiederum auf Hanau. Dies ist ein sprechender Beweis dafür, was von solchen Redensarten zu halten ist. Die Textilfabrikanten können dieses

Doppelspiel treiben, solange die Organisationsverhältnisse in dieser Branche nicht besser werden.

Die Agitation in den verschiedenen Orten, so in Pirmasens, Oberstein-Var, Sobernheim und Speyer, war trotz aller Verjuche ergebnislos. In Speyer traten wohl etwa 15 Personen — doch nur vorübergehend — dem Verband bei. In Aschaffenburg und Oberrodembach hatten wir Erfolg, aber es hat viel Arbeit und Klagen am Arbeitsgericht gekostet, bis eine gewisse tarifliche Ordnung hergestellt war.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit ist die Zahl der beschäftigten Berufsangehörigen im Gau um etwa 1500 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl sank um rund 750 auf 2189 am Schlusse des Vorjahres. Eine große Zahl arbeitsfreudiger Funktionäre hat sich in der Dienst des Verbandes gestellt. Ihnen sei für ihre Mühe und Arbeit der herzlichste Dank ausgesprochen. Noch nie wurde die Arbeiterbewegung so von allen Seiten bekämpft wie gegenwärtig. Die Angriffe kommen nicht nur von den Unternehmern und der sogenannten „Arbeiter“partei der Nazis, die geführt wird von ehemaligen Prinzen und Offizieren und die zum größten Teil vom Großkapital finanziert wird, sondern auch von der SPD. und deren Ableger, der KPD. Beide wenden die Lüge als besonderes Kampfmittel gegen die Gewerkschaften an.

Die Jugendbewegung will im Gau nicht vorwärts kommen. Im Jahre 1929 wurde durch Umfrage versucht, festzustellen, ob ein gemeinschaftlicher Jugendtag mit dem Gau Württemberg und Baden am schönen Neckar möglich sei. Diese Umfrage ergab in beiden Gauen eine so geringe Meldung, daß von diesem Plane Abstand genommen wurde. Einen Jugendtag für unseren Gau allein abzuhalten, war ebenfalls nicht möglich. In Frankfurt wurden fast alle Lehrlinge in der Wohnung aufgesucht, und trotzdem will die Bewegung nicht vorangehen. Die meisten Lehrlinge sind allerdings in Kleinbetrieben ohne Gehilfen beschäftigt. Mehr denn je hängt die Jugendfrage davon ab, ob es gelingt, einen geeigneten Jugendleiter zu finden, der sich für dieses Amt auch eignet. Da die Jugend infolge der großen Not sowohl von den Rechts- als auch von den Linksrabikalen stark umworben wird, ist es notwendig, der Jugend allerorts die größte Aufmerksamkeit zu widmen, damit sie nicht diesen Abenteurern in die Hände fällt.

Der Kassenbericht lag gedruckt vor, Kollege Würzberger konnte sich darum auf kurze Erläuterungen beschränken. Den Revisionsbericht gab Kollege Kaulich. Dem gesamten Gauvorstand wurde Entlastung erteilt.

Die Distussion eröffnete Kollege Ehrhardt-Hanau, der über die dortige Geschäftslage berichtete und sich besonders gegen die angebliche Einheitsfront der KPD. und gegen die Nazisellen wandte. — Kollege Scheuring-Ludwigshafen führt das Sinken der Mitgliederzahl auf die Interesslosigkeit vieler Mitglieder zurück. Er wünschte, daß der Gauleiter die kleinen Zahlstellen öfter besuche.

Ueber „Der Kampf um das Tarifwesen“ sprach Kollege Meh. Nach dem 1929 durch Unternehmer und bürgerliche Presse eröffneten Trommelfeuer sahen die Unternehmer Ende 1930 den Zeitpunkt gekommen, um zum Angriff überzugehen. Trotz der Massenarbeitslosigkeit haben sich die Gewerkschaften dabei als der beste Schutzwall für die Arbeiterschaft erwiesen. Das trifft besonders auch auf unseren Verband zu. Für rund 90 000 Berufsangehörige sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Allerdings ist ein Teil der Unternehmer bestrebt, die Arbeitsverhältnisse wieder auf den Stand der Vorkriegszeit und wie sie damals in den zurückgebliebensten Winkeln Deutschlands üblich waren, herabzudrücken. Dabei finden sie willkommene Helfer in den örtlichen Arbeitgeberverbänden, denen eine zentrale Regelung ein Dorn im Auge ist, weil sie sich durch diese überflüssig fühlen. Eine zentrale Regelung kann aber nur im Interesse beider Teile liegen. Da bei den Unternehmern die Fachleute immer weniger und die Zahl der Berufsfremden, Doktoren und Kaufleute größer wird, fehlt ihnen das für das Gewerbe notwendige Verständnis. Dazu kommt, daß auch die mittlere und kleine Industrie ganz unter die Fittiche der Schwerindustrie geraten ist. 1929 konnte noch eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde er-

zielt werden. 1930 wurde der Lohn tarif bis Januar 1931 verlängert. Nach langen und schweren Verhandlungen erzielten die Unternehmer mit Hilfe des Schlichters einen Abbau von 6 Proz. Durch die vielen Notverordnungen wurde der Lohn am 1. Januar nochmals um 14 Proz. abgebaut mit dem Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit noch größer wurde. Trotzdem hat der Deutsche Buchdruckerverein den Lohn tarif schon wieder getündigt. Nur eine gute Organisation wird in der Lage sein, die entsprechende Abwehr zu leisten. Die Verhältnisse in der Kartonnagen- und Eisindustrie müssen der Buchbinderarbeiterschaft dabei als Warnung dienen.

Der Bund Deutscher Buchbinderinnen und -männer macht schon seit Jahren bei Lohn- und Mantelvertragsverhandlungen die allergrößten Schwierigkeiten, obwohl die meisten Innungsmitglieder Gehilfen überhaupt nicht beschäftigen. Er verlangt für seine Mitglieder ständig Ausnahmen, und zwar auch für solche Betriebe, die als Großbetriebe anzusprechen sind und die unter den WVB-Tarif fallen müssen. Dem Verlangen des Bundes kann nicht Rechnung getragen werden, wollen wir nicht unsere anderen Verträge selbst zerbrechen. Wenn Innungsmitglieder die Verträge nicht einhalten, muß dem Gauvorstand sofort Mitteilung gemacht werden, damit das Notwendige veranlaßt werden kann.

An der Aussprache zu diesem Punkt beteiligten sich die Kollegen Regn-Offenbach, Kiefer-Saarbrücken, Kircher-Darmstadt, Scheuring-Ludwigshafen, Ehrhardt-Hanau, Kaulich-Fulda, die sich im allgemeinen in zustimmendem Sinne zur Tarifpolitik des Verbandes aussprachen. Kollege Scheuring betrachtete es als großes Unrecht, daß unsere Kollegen nicht dem Buchdruckerlohn tarif unterstellt werden. Auch wir haben eine dreieinhalb- und vierjährige Lehrzeit zurückzulegen. — Kollege Meh ging in seinem Schlusswort auf die anregend verlaufene Debatte ein und stellte fest, daß die Tarifpolitik des Verbandes im allgemeinen als richtig anerkannt wurde. Recht scharf wurde gegen die wiederholten Lohnkürzungen Protest erhoben.

Ueber die Anträge zum Verbandstag referierte in eingehender Weise Kollege Würzberger. Wir sind zu einer Sanierung der Finanzen gezwungen, bei der die bisherigen Unterstützungssätze nicht aufrechterhalten werden könnten. Er ersuchte, die Beitragssätze in der jetzigen Höhe zu belassen. Es muß versucht werden, die Unterstützungssätze so festzusetzen, daß sie vor den Mitgliedern vertreten und von der Verbandskasse getragen werden können. Der Antrag 201 sei abzulehnen, da der jetzige Umfang der „Buchbinder-Zeitung“ kein Dauerzustand bleiben könne. Im übrigen müsse man den Delegierten zum Verbandstag für die einzelnen Entscheidungen freie Hand lassen.

In der Aussprache, die von den Kollegen Meh, Kaulich, Geisel und Kaulich-Frankfurt, Köhler und Kircher-Darmstadt, Steudle und Regn-Offenbach, Kiefer-Saarbrücken, Falkenheiner-Bießen-Weylar, Stödel-Mannheim und Scheuring-Ludwigshafen bestritten wurde, kam zum Ausdruck, daß von einer Erhöhung für die einzelnen Beitragsklassen und Unterstützungszweige keine Rede sein könne. Scharfe Kritik wurde vom Beiratsmitglied Kaulich und auch

von anderen Distussionsrednern geübt, daß in den vier Jahren seit dem letzten Verbandstag der Beirat nicht einmal einberufen wurde. Weiter soll angestrebt werden, daß die Wahlbezirkeinteilung für die Zukunft gawweise erfolge. Zur Gehaltsfrage äußerten sich die Kollegen Scheuring und Kircher.

In seinem Schlusswort sprach Kollege Kaulich den Delegierten den Dank des Gauvorstandes aus mit dem Wunsche, daß die Funktionäre alles daran setzen, damit der Verband die ungeheure Wirtschaftskrise ohne Schaden für sich und die Mitglieder überstehe.
München, Neustadt-Neardt.

Gau Südbayern.

Der Gauvorstand beruft zum Sonntag, dem 8. Mai, vormittags 9 Uhr, den Gau tag nach München, Gewerkschaftshaus, ein.

Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Kassenbericht.
2. Ulfere Tarife.
3. Stellungnahme zum Verbandstag
4. Anträge und Verschiedenes.

Wir ersuchen alle Teilnehmer am Gau tag, sich so einzurichten, daß der Gau tag pünktlich um 9 Uhr beginnen kann.

Der Gauvorstand.

J. A.: Richard Faust.

Gau Magdeburg.

Wir berufen zum Sonntag, den 29. Mai, einen Gau tag

nach Magdeburg, in das Lokal „Freundschaft“, Bräulatenstraße 32, ein. Beginn um 9 Uhr vormittags.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Delegierten von den Verhandlungen des Verbandstages.
3. Beschlußfassung über Anträge den Gau betreffend.
4. Verschiedenes.

Die Zahlstellen und Gauorte ersuchen wir, sofort zum Gau tag Stellung zu nehmen. Anträge, die auf dem Gau tag zur Beratung kommen sollen, müssen bis spätestens zum 10. Mai an den Unterzeichneten eingereicht werden.

Der Gauvorstand.

J. A.: G. v. d. Reith.

Inhaltsverzeichnis.

Millionen fordern Arbeit und Brot!
Die Forderung des Gewerkschaftskongresses.
Internationales: Das Lehrlingsproblem in Dänemark.
Der Gau tag im Gau Hessen-Pfalz.
Jugend in Not!
Gau Südbayern.
Gau Magdeburg.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abschluß aus dem Verband. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wurde in Berlin auf Grund des § 16 Abs. 2 Ziffer b und d des Statuts das Mitglied Herka Boehl, geboren am 15. März 1908 in Berlin, Buch-Nr. 275 608.

*

Abrechnungen

vom ersten Quartal 1932 gingen bis zum 19. April bei der Verbandskasse ein von: Sorau 75,— Mkt. = Gau Schlesien. — Mkt. = Dessau 150,— Mkt. = Kassel — Mkt. = Altenburg 650,— Mkt., Eisenach — Mkt., Eisenberg — Mkt., Gera — Mkt., Halle 300 Mkt., Ilmenau — Mkt., Ruhla — Mkt., Weimar — Mkt., Zeitz — Mkt. = Annaberg-Buchholz — Mkt., Aue — Mkt., Burgstädt 12,— Mkt., Dresden 193,50 Mkt., Glauchau — Mkt., Grimma — Mkt., Leipzig 93,04 Mkt., Limbach — Mkt., Markt, Meißen — Mkt. = Gau Württemberg-Baden 2400,— Mkt., Heilsbrunn — Mkt., Neustadt 250,— Mkt., Stuttgart 129,40 Mkt. = Ausbach 30,— Mkt.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Ilmenau i. Thür. B.: A. Ungewitter, Unterpörlitz bei Ilmenau, Gartenstraße 3.

K.: W. Boltmann, Lindenstr. 2, III. Auszahlung von 12 bis 13 Uhr bei A. Ungewitter, Lange-wolfener Straße 2a.

Osnabrück. B.: B. Springub, Stahlwertweg 20, III. K.: R. Steglich, Werfener Straße 51. Auszahlung an Durchreisende: Montags bis Donnerstags mittags 2 Uhr, Freitags abends 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Sonnabends nicht.

Seiffenrösdorf i. Sa. B.: G. Philippson, Leutersdorf D.S. i. Sa., Abtlg. C, Nr. 60.

K.: Reinhold Wesse, Jollstr. 1.

Der Verbandsvorstand.